

PRESSEINFORMATION

Energiehandel gegen CO2-Steuer

Die Einführung einer CO2-Steuer wäre eine hausgemachte Verteuerung, die zur Unzeit kommt und sowohl Unternehmen als auch Konsumenten weiter belastet. Jürgen Roth, Obmann der Fachgruppe Energiehandel, fordert darum ein Überdenken: „Wollen wir wirklich dauerhaft zwei Euro pro Liter Benzin bezahlen?“

Seit Anfang des Jahres steigen die Energiepreise - insbesondere bei Strom, Gas und Öl - in bislang noch nie dagewesene Höhen. Die Auswirkungen spüren inzwischen alle Unternehmen und Konsumenten in den Geldbörsen. Die Inflation erreicht mit mehr als neun Prozent Rekordhöhen und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Vielmehr gehen Experten davon aus, dass die Energiepreise weiter steigen und über Jahre ein hohes Niveau behalten werden. „In dieser Situation nochmals an der Preisspirale für Energie zu drehen - konkret mit 1. 10. 2022 die CO2-Steuer in Österreich einzuführen - ist der absolut falsche Weg und wird die Preisspirale weiter anheizen“, befürchtet der Obmann des steirischen Energiehandels, Jürgen Roth. „Wir dürfen jetzt nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen, sondern müssen konkret die Ursachen und nicht bloß die Symptome bekämpfen“, spricht sich Roth dafür aus, die hohen Energiepreise und Energieknappheit in den Griff zu bekommen. „Ein Teil davon ist unsere Forderung: Keine neuen bzw. zusätzlichen Steuern und Abgaben auf Energie!“

Die Bundesregierung beabsichtigt, mit 1. 10. 2022 eine CO2-Steuer in Österreich einzuführen. Dies bedeutet für alle Energiearten einen weiteren Preisanstieg. Faktum ist, dass Mitteleuropa unter einer generellen Energieknappheit leidet. Der Energiehandel sieht weder auf österreichischer noch auf europäischer Ebene konkrete Maßnahmen und nachhaltige Schritte, diese Knappheit zu beseitigen. Die derzeitigen Maßnahmen beschränken sich auf Verteuerung der bestehenden Energie, die unweigerlich zu einer weiter eskalierenden Inflation, einer nicht mehr wettbewerbsfähigen Wirtschaft und einem Ausbluten der Geldbörsen der Konsumenten führt. Es gilt daher für alle Energiearten kurzfristig Preisdeckel festzulegen, von sämtlichen Verteuerungen Abstand zu nehmen und Unternehmen und Bürgern leistbare Energie zur Verfügung zu stellen. „Was die Energieknappheit betrifft, gilt es neue Wege zu beschreiten. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen nachhaltige, standfeste und kostengünstige Versorgungslinien für Erdgas und Rohöl sowie E-Fuels aufgebaut werden“, so Roth.

Graz, 5. September 2022

Rückfragehinweis:

Mario Lugger, Referatsleiter Kommunikation, 0316/601-652